

**Antrag**

**Rat: 22.05.2013**

**Beratungsgegenstand**

Kriseninterventionszentrum

**Beschlussentwurf:**

In Verwirklichung seiner sozialen Tradition spricht sich der Rat der Stadt Mönchengladbach zum Wohle von Kindern und Jugendlichen für die Erweiterung des Kriseninterventionszentrums (KRIZ) an einem neuen Standort in Mönchengladbach aus.

Dazu beauftragt der Rat der Stadt Mönchengladbach die Stadtverwaltung, den Träger des KRIZ bei der Herstellung von hierzu erforderlichen Voraussetzungen und bei der Umsetzung des in Mönchengladbach geplanten Vorhabens angemessen unter Beteiligung der städtischen Entwicklungsgesellschaft (EWMG) zu unterstützen.

Die Standortfindung, die Entscheidungswege und die Entscheidungsfindung sollen für die Öffentlichkeit transparent, nachvollziehbar und plausibel sein. Damit das Vorhaben eine breite Akzeptanz findet, verpflichten sich Träger, Verwaltung und Politik daher gegenüber der Öffentlichkeit zu einer miteinander abgestimmten gemeinsamen Kommunikation.

**Begründung:**

Damit das KRIZ auf Dauer eine Bleibe in Mönchengladbach finden kann, ist es erforderlich ein Grundstück zu finden, auf dem das Vorhaben planungsrechtlich umgesetzt werden kann. Dabei bietet die Stadt Mönchengladbach dem Träger ihre aktive Unterstützung an.

Bei einem planungs- und baurechtlich konformen Vorhaben ist die Bauverwaltung zu involvieren. Wenn es für das KRIZ kein baureifes und planungsrechtlich geeignetes städtisches Grundstück in Mönchengladbach gibt, muss der Weg über einen B-Plan möglich sein.

Der Vorhabenträger ist auf einen integrierten Standort, d.h. einen Standort mit Nachbarschaft, angewiesen. Eine nachbarschaftliche Akzeptanz benötigt eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie.

**Mönchengladbach, den 08.05.2013**

gez.

***Karl Sasserath***

Vorsitzender Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

f.d.R.

***Werner Hoek***

Geschäftsführer Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen